

## **Satzung**

### über das Bestattungswesen in der Stadt Harburg (Schwaben) (Friedhofssatzung)

Die Stadt Harburg (Schwaben) erläßt aufgrund der Art. 23 und 24 Abs. 1 Nr. 1 und 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern folgende

## **Friedhofssatzung:**

### **I. Allgemeine Vorschriften**

#### **§ 1**

#### **Gegenstand der Satzung**

- (1) Die Stadt unterhält folgende Einrichtungen für das Bestattungswesen:  
Die stadteigenen Friedhöfe in Harburg (Schwaben) und im Stadtteil Hoppingen.  
Die stadteigenen Leichenhäuser in Harburg (Schwaben) sowie den Stadtteilen Ebermergen, Hoppingen und Mauren.
- (2) Die Friedhöfe und Leichenhäuser nach Abs. 1 sind eine öffentliche Einrichtung der Stadt.
- (3) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten für die städtischen Friedhöfe.

#### **§ 2**

#### **Benutzungsrecht und Benutzungszwang**

Das Recht und die Pflicht zur Benutzung (Inanspruchnahme) der einzelnen Bestattungseinrichtungen bestimmt sich nach Maßgabe dieser Satzung.

#### **§ 3**

#### **Außerdienststellung und Entwidmung**

- (1) Die städt. Friedhöfe oder Friedhofsteile können aus wichtigem öffentlichem Grund ganz oder teilweise außer Dienst gestellt oder entwidmet werden. Dasselbe gilt entsprechend für einzelne Grabstätten.
- (2) Durch die Außerdienststellung wird nur die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen; durch die Entwidmung geht außerdem die Eigenschaft als Ruhestätte der Toten verloren. Jede Außerdienststellung oder Entwidmung nach Abs. 1 Satz 1 ist öffentlich bekanntzumachen; bei der Entwidmung einzelner Gräber erhält der jeweilige Nutzungsberechtigte stattdessen einen schriftlichen Bescheid.
- (3) Im Falle der Entwidmung sind die Beigesetzten für die restliche Ruhezeit, auf Kosten der Stadt in andere Grabstätten umzubetten. Im Falle der Außerdienststellung gilt: Satz 1 entsprechend, soweit Umbettungen erforderlich werden. Der Umbettungs-termin soll möglichst dem jeweiligen Nutzungsberechtigten einen Monat vorher mitgeteilt werden.
- (4) Soweit durch eine Außerdienststellung oder eine Entwidmung das Recht auf weitere Beisetzung erlischt, sind den jeweiligen Nutzungsberechtigten für die restliche Nutzungszeit bei Eintritt eines weiteren Bestattungsfalles auf Antrag andere Grabstätten zur Verfügung zu stellen.

- (5) Alle Ersatzgrabstätten nach Abs. 3 und 4 sind von der Stadt kostenlos in ähnlicher Weise wie die außer Dienst gestellten oder entwidmeten Grabstätten herzurichten. Die Ersatzwahlgrabstätten werden Gegenstand des Nutzungsrechts.

## **II. Die Grabstätten**

### **§ 4**

#### **Gräberarten**

In den in § 1 Abs. 1 genannten städtischen Friedhöfen werden folgende Arten von Gräbern bereitgestellt:

- a) Kindergräber
- b) Einzelgräber
- c) Familiengräber

### **§ 5**

#### **Belegung der Gräber**

- (1) Es wird grundsätzlich der Reihe nach beigesetzt. Soweit Grabstätten im belegten Friedhofsteil frei geworden sind, kann unter diesen von den Hinterbliebenen gewählt werden. Im übrigen wird die Grabstelle von der Friedhofsverwaltung bestimmt. Bei neuen Gräbern mit Tieferlegung wird der Grabplatz von der Friedhofsverwaltung bestimmt.
- (2) Die Anordnung der Grabstätten richtet sich nach den jeweiligen Friedhofsplänen (Belegungsplänen).

### **§ 6**

#### **Größe der Gräber**

- (1) Bei der Anlegung neuer Gräber sind die Vorgaben in den einzelnen Friedhöfen einzuhalten. Die Grabstätten haben folgende Ausmaße:

	Länge cm	Breite cm	Tiefe cm
- Kindergräber (Kinder bis 10 Jahre)	120	60	100
- Einzelgräber	200	90	180
- Familiengräber mit 2 Grabstellen	200	190	180

- (2) Der Abstand von Grabstätte zu Grabstätte beträgt mindestens 30 cm.

- (3) Die Tiefe des Grabes (Tieferlegung) ist so zu bemessen, daß die Oberkante des Sargdeckels mindestens 1,80 m unter Gelände liegt,

Die Beerdigung einer zweiten Leiche während der Ruhezeit wird nur dann zugelassen, wenn die zuerst bestattete Leiche 2,40 m tief beerdigt wurde. Eine nachträgliche Tieferlegung, um die Beerdigung einer zweiten Leiche zu erreichen, ist nicht gestattet.

## **§ 7**

### **Aschenbeisetzungen (Urnengräber)**

- (1) Die Urnenbeisetzung ist der Stadt vorher rechtzeitig anzumelden. Bei der Anmeldung ist die standesamtliche Urkunde vorzulegen.
- (2) Urnen werden von der Stadt unterirdisch in den in § 4 bezeichneten Gräbern beigesetzt.
- (3) In einer Grabstätte dürfen Aschenreste mehrerer Verstorbener einer Familie beigesetzt werden, jedoch nicht mehr als 2 Urnen pro qm.
- (4) Nach Erlöschen des Nutzungsrechtes kann die Stadt über das Grab, in welchem Urnen beigesetzt wurden, verfügen und die beigesetzten Urnen entfernen. Hiervon werden die Pfleger des Grabes rechtzeitig vorher benachrichtigt.
- (5) Wird von der Stadt über das Urnengrab verfügt, so ist sie berechtigt, in der von ihr bestimmten Stelle des Friedhofes die Aschenbehälter in würdiger Weise der Erde zu übergeben.

## **§ 8**

### **Benutzungsrecht**

- (1) Der Friedhof dient zur Erd- und Feuerbestattung aller Personen, die beim Ableben ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Stadt Harburg (Schwaben) hatten.
- (2) Für die Bestattung anderer Personen ist die Genehmigung der Stadt Harburg (Schwaben) erforderlich.
- (3) An den Gräbern kann gegen Gebühr ein Grabrecht erworben werden, das nur jeweils einer Person eingeräumt wird. Alle Gräber verbleiben auch während der Grabrechtsdauer oder der Ruhefrist im Eigentum der Stadt.
- (4) Der- Beginn des Grabrechts wird ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Belegung von dem Tag des Erwerbs ab gerechnet. Die Dauer des Grabrechts richtet sich in der Regel nach der Ruhefrist.
- (5) Das Grabnutzungsrecht (Abs. 3) kann gegen erneute Zahlung der Grabgebühr verlängert werden, wenn der Benutzungsberechtigte vor Ablauf des Rechts die Verlängerung beantragt.. Ein Rechtsanspruch hierauf besteht nicht.

- (6) Der Benutzungsberechtigte hat das Recht, im Familiengrab bestattet zu werden und Mitglieder seiner Familie (Ehegatten, Kinder, Eltern und vorverheiratete Geschwister) darin bestatten zu lassen. Die Stadt kann Ausnahmen bewilligen.

## **§ 9**

### **Übertragung des Benutzungsrechts**

- (1) Die Übertragung des Grabrechts unter Lebenden bedarf der Genehmigung der Friedhofsverwaltung.
- (2) Nach dem Tode des Benutzungsberechtigten kann derjenige die Übertragung eines laufenden Grabbenutzungsrechts auf seinen Namen beanspruchen, dem es vom Benutzungsberechtigten in einer letztwilligen rechtsgültigen Verfügung ausdrücklich zugewendet wurde. Leben aber der Ehegatte oder ein Abkömmling des Benutzungsberechtigten, so haben diese auf jeden Fall Vorrang.
- (3) Liegt keine letztwillige Verfügung vor, erfolgt, die Umschreibung auf die in § 8 Abs. 6 bezeichneten Personen in der dort angegebenen Reihenfolge. Innerhalb dieser Nachfolge hat die früher geborene Person das Vorrecht.

## **§ 10**

### **Grabpflege**

- (1) Nach Ankauf bzw. einer Bestattung sind von den Angehörigen die Gräber zu bepflanzen und würdig zu gestalten sowie in diesem Zustand zu erhalten. Geschieht dies trotz befristeter Aufforderung nicht, kann die Stadt die Gräber einebnen und einsäen lassen. Grabbeete dürfen nicht höher als 20 cm sein. Das Anlegen von Grabhügeln ist nicht gestattet.
- (2) Die Anpflanzung von Bäumen auf oder an einem Grab ist nicht gestattet. Sträucher dürfen ein Höchstmaß von 1,50 m erreichen. Es sind jedoch nur solche Gewächse zu verwenden, die keinesfalls ein Nachbargrab behindern. Der Benutzungsberechtigte hat jedoch zu dulden, daß die von der Stadt gepflanzten Bäume die Grabstätten überragen.
- (3) Die Grabanpflanzung und Bedeckung muß nach Art und Material der Würde des Friedhofes entsprechen.
- (4) Alle im städtischen Friedhof gepflanzten Sträucher und Bäume gehen in das Eigentum der Stadt über.

## **§ 11**

### **Art und Beschaffenheit der Grabdenkmäler**

- (1) Die Grabdenkmäler müssen sich nach Material und Gestaltung ihrer Umgebung einfügen und der Würde und Weihe des Ortes entsprechen.
- (2) Jedes Denkmal muß entsprechend seiner Größe dauerhaft gegründet sein. Soweit an einem Grab noch kein Fundament vorhanden ist, muß bei der nächsten Belegung, für die das Denkmal entfernt wird, ein solches errichtet werden.

- (3) Es können stehende oder liegende Grabzeichen verwendet werden. Die zulässige Stärke der Grabsteine beträgt zwischen 0,14 und 0,26 m. Folgende Höchstmaße dürfen nicht überschritten werden:
- |    |                 |        |        |
|----|-----------------|--------|--------|
| 1. | Kindergräber:   | Höhe   | 0,80 m |
|    |                 | Breite | 0,40 m |
| 2. | Einzelgräber:   | Höhe   | 1,25 m |
|    |                 | Breite | 0,60 m |
| 3. | Familiengräber: | Höhe   | 1,25 m |
|    |                 | Breite | 1,00 m |
- (4) Soweit früher erstellte Grabdenkmäler diesen Vorschriften mit Ausnahme von § 11 Abs. 2 Satz 1 nicht entsprechen, verbleibt es bei diesen Grabdenkmälern, bis sie durch einen neuen Grabstein ersetzt werden.
- (5) Nicht gestattet sind
- Inschriften und Motive, die der Würde des Friedhofes nicht entsprechen,
  - Grabdenkmäler oder Teile davon aus Glas, Porzellan, Emaille, Mauerwerk, Gips und Kunststoff,
  - Nachbildungen von Felsen und Grotten,

## § 12

### Erhaltung und Entfernung der Grabdenkmäler

- (1) Der Grabnutzungsberechtigte hat das Grabdenkmal in einem ordnungsgemäßen, verkehrssicheren Zustand zu erhalten. Jedes Grabmal ist mit mindestens 15 cm langen und 1 cm starken, nicht rostenden Dübeln in ausreichender Zahl mit dem Fundament zu verankern.
- Der Nutzungsberechtigte ist für Schäden verantwortlich, die insbesondere durch Umfallen des Grabdenkmals oder Abstürzen von Teilen desselben verursacht werden. Grabdenkmäler, die umzustürzen drohen oder wesentliche Zeichen der Zerstörung aufweisen, können nach vorangegangener Aufforderung auf Kosten des Verpflichteten entfernt werden, wenn er sich weigert, die Wiederherstellung vorzunehmen oder innerhalb der gestellten Frist durchzuführen.
- (2) Nach Ablauf der Ruhefrist bzw. des Benutzungsrechts sind die Grabdenkmäler zu entfernen. Sie gehen, falls sie nicht innerhalb von 3 Monaten nach der schriftlichen Aufforderung der Stadt entfernt werden, in das Eigentum der Stadt über. Sind Benutzungsberechtigte nicht bekannt, ergeht die schriftliche Aufforderung durch öffentliche Aufforderung in ortsüblicher Weise.

### **III. Das Leichenhaus**

#### **§ 13**

##### **Benutzung des Leichenhauses**

- (1) Das Leichenhaus dient zur Aufbewahrung der Leiche aller im Stadtgebiet Verstorbenen, bis sie bestattet oder überführt werden und zur Aufbewahrung von Aschenresten feuerbestatteter Leichen bis zur Beisetzung im Friedhof.
- (2) Es kann im offenen Sarg aufgebahrt werden. Auf Wunsch der Angehörigen oder wenn es der Amtsarzt oder Leichenschauarzt angeordnet hat, bleibt der Sarg geschlossen.
- (3) Die Leichen werden nur durch Fenster gezeigt. Der Aufbahrungsraum ist stets verschlossen zu halten; Zutritt haben nur das Friedhofspersonal und im Beisein desselben die nächsten Angehörigen des Verstorbenen, die jedoch die Leiche nicht berühren dürfen.
- (4) Lichtbildaufnahmen von aufgebahrten Verstorbenen dürfen nur die nächsten Angehörigen oder deren Beauftragte anfertigen. Andere Personen müssen zu solchen Aufnahmen die Zustimmung der nächsten Angehörigen nachweisen.

#### **§ 14**

##### **Benutzungszwang**

- (1) Jede Leiche der im Stadtgebiet Verstorbenen ist nach Vornahme der ersten Leichenschau innerhalb 6 Stunden nach dem Tode in das Leichenhaus zu verbringen. Die Nachtstunden von 18:00 bis 6:00 Uhr zählen dabei nicht mit.
- (2) Die von einem Ort außerhalb des Stadtgebietes überführten Leichen sind unverzüglich nach Ankunft in das Leichenhaus zu verbringen. falls nicht die Bestattung unmittelbar nach der Ankunft, stattfindet.
- (3) Ausnahmen können gestattet werden, wenn
  - a.) der Tod in einer Anstalt (Krankenhaus, Spital u.a.) eingetreten ist und dort ein geeigneter Raum für die Aufbahrung der Leiche vorhanden ist.
  - b) die Leiche zum Zwecke der Überführung an einen auswärtigen Bestattungsort zur früheren Einsargung freigegeben und innerhalb einer Frist von 6 Stunden überführt wird.

#### **IV. Friedhofs- und Bestattungspersonal**

##### **§ 15**

##### **Leichenträger und Totengräber**

Das Ausschachten und Schließen der Gräber und die unmittelbaren Wahrnehmungen der mit dem Friedhofsbetrieb verbundenen Aufgaben, insbesondere der Transport von Leichen innerhalb des Friedhofes, die Mithilfe bei der Aufbahrung von Leichen, die Mitwirkung bei den Beerdigungsfeierlichkeiten sowie der Begleitsdienst wird von dem von der Stadt eingesetzten Bestattungsunternehmen ausgeführt. Die Stadt kann in besonderen Fällen (z.B. Tod eines Vereinsmitgliedes, Angehöriger der Freiwilligen Feuerwehr) von der Inanspruchnahme des gestellten Trägerpersonals befreien.

##### **§ 16**

##### **Bestattungsunternehmen (gewerbliche Arbeiten)**

- (1) Bestattungsunternehmen, Steinmetze und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für ihre Tätigkeit auf dem Friedhof einer Zulassung, über die eine Berechtigungskarte ausgestellt wird. Dabei kann der Umfang der Tätigkeit im einzelnen festgelegt werden. Die Zulassung kann widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen, unter denen sie erteilt worden sind, fortgefallen sind oder wenn der Gewerbetreibende gegen die Vorschriften dieser Friedhofssatzung oder die Anordnungen der Friedhofsverwaltung verstößt und ihnen nach Aufforderung nicht nachkommt.
- (2) Die Zulassung wird auf Dauer erteilt und nur in begründeten Fällen entzogen.

#### **V. Bestattungsvorschriften**

##### **§ 17**

##### **Allgemeines**

- (1) Bestattung im Sinne dieser Satzung ist die Erdbestattung von Leichen oder Leichenteilen, sowie die Beisetzung von Aschenurnen unter der Erde. Die Bestattung ist durchgeführt, wenn das Grab eingefüllt ist.
- (2) Das Grab muß spätestens 48 Stunden vor Beginn der Bestattung bei der Stadt bestellt werden.

## **§ 18**

### **Beerdigung**

- (1) Den Zeitpunkt der Beerdigung setzt die Stadt im Benehmen mit den Hinterbliebenen und dem zuständigen Pfarramt fest.
- (2) Ein Anspruch auf Bestattung an Sonn- und Feiertagen besteht nicht.
- (5) Der Sarg wird spätestens eine Stunde vor Beginn der Beerdigung geschlossen.

## **§ 19**

### **Ruhefristen**

- (1) Die Ruhefrist für Leichen und Aschenbehälter beträgt 22 Jahre. Für Kinder unter 10 Jahren wird die Ruhefrist auf 11 Jahre festgesetzt.
- (2) Bei Einzelgräbern und Doppelgräbern mit Tieferlegung kann eine weitere Beisetzung während der Ruhefrist im gleichen Grabteil erfolgen; die Ruhefrist ist in diesem Fall ab der zweiten Belegung auf die in Abs. 1 angeführte Dauer zu verlängern.
- (3) Bei Doppelgräbern darf während der Ruhefrist in dem noch freien Teil eine Beisetzung nur erfolgen, wenn die bei der Belegung noch laufende Grabrechtsdauer des Doppelgrabes die gemäß Abs. 1 festgesetzte Ruhefrist überschreitet oder das Grabrecht für alle Teile entsprechend verlängert wird.
- (4) Vorstehender Absatz gilt sinngemäß auch für Familiengräber mit drei und mehr Grabteilen.
- (5) Leichenausgrabungen und Umbettungen sind nur mit Genehmigung der Stadt und der Kreisverwaltungsbehörde (Landratsamt) zulässig. Angehörige und sonstige Personen dürfen bei der Ausgrabung bzw. der Umbettung nicht beiwohnen.

## **VI. Ordnungsvorschriften**

## **§ 20**

### **Verhalten auf dem Friedhof**

- (1) Die Besucher haben sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.
- (2) Kindern unter 10 Jahren ist das Betreten des Friedhofgeländes nur in Begleitung erwachsener Personen gestattet.
- (3) Im städtischen Friedhof ist verboten:
  - a) das Befahren der Wegen mit Fahrzeugen aller Art, soweit nicht eine besondere Genehmigung durch die Stadt erteilt ist (Gärtner, Steinmetze). Die Bestimmung gilt jedoch nicht für Kinderwagen und Versehrtenfahrzeuge.

- b) das Feilbieten von Waren aller Art sowie das Anbieten von gewerblichen Leistungen.
- c) das Rauchen, Lärmen, Spielen und jegliche Verursachung von störenden Geräuschen.
- d) das Mitbringen von Hunden und Laufenlassen von Haustieren aller Art.
- e) das Verteilen von Druckschriften aller Art.
- f) gewerbsmäßig zu fotografieren.
- g) das unberechtigte Abpflücken, Abreißen und Abschneiden von Blumen, Zweigen und Ästen.
- h) Unrat abzulagern, Erdreich und verwesbares Material sind jeweils getrennt voneinander an den dafür vorgesehenen Stellen abzulagern.
- i) das Betreten von Anlagen, Einfassungen und Grabhügeln.
- j) das Aufstellen unpassender Gefäße, insbesondere Blechbüchsen und Krügen auf den Gräbern.
- k) Gefäße, Werkzeuge, Gießkannen u.ä. an den Gräbern und in den Hecken abzustellen und aufzubewahren.
- l) Ausführung gewerblicher Arbeiten ohne vorherige Genehmigung der Stadt. Eine Genehmigung für die rein gärtnerischen Anpflanzungen der Gräber ist nicht erforderlich.

## **VII    Schlußbestimmungen**

### **§ 21**

#### **Anordnungen für den Einzelfall; Zwangsmittel**

Die Gemeinde kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.

Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens, gelten die Vorschriften des Bayer. Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes. Die Ersatzvornahme auf Kosten des Pflichtigen kann angeordnet werden.

### **§ 22**

#### **Haftungsausschluß**

Die Stadt übernimmt für Beschädigungen, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhofsanlagen entstehen und für Schäden, die durch Beauftragte dritter Personen oder durch Tiere verursacht werden, keine Haftung.

Der Stadt obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten.

## § 23

### Ordnungswidrigkeiten

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 GO kann mit Geldbuße belegt werden, wer

- a) die in § 6 genannten Ausmaße der Gräber nicht einhält,
- b) ohne Absprache mit dem Friedhofsträger Bäume anpflanzt (§10 Abs. 2),
- c) Grabdenkmäler ohne Gründung aufstellt (§ 11 Abs. 2),
- d) den Vorschriften über den Benutzungszwang zuwiderhandelt (§ 14),
- e) den Vorschriften für die Zulassung von Gewerbetreibenden und die Durchführung ihrer Arbeiten zuwiderhandelt (§ 16),
- f) Leichenausgrabungen oder Umbettungen ohne die erforderlichen Genehmigungen vornimmt,
- g) gegen Verhaltensvorschriften auf dem Friedhof verstößt (§ 20 Abs. 3)

## § 24

### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt eine Woche nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Mit Inkrafttreten dieser Satzung tritt die Satzung über das Bestattungswesen der Stadt Harburg (Schwaben) vom 11. Januar 1975 außer Kraft.

Harburg (Schwaben), 24. März 1992  
STADT

Fischer  
1. Bürgermeister

### **Bekanntmachungsvermerk:**

Die vorstehende Satzung wurde am 28. März 1992 im Amtsblatt Nr. 13 der Stadt Harburg (Donauwörther Zeitung) amtlich bekanntgemacht.

Harburg, den 30. März 1992  
STADT HARBURG

Fischer  
1. Bürgermeister